



Lobbyarbeit

Kulturschaffende fordern „radikale Veränderung“

In der Kulturszene brodeln es. Nach den Direktoren der großen Kunstmuseen melden sich nun auch der Deutsche Museumsbund und ein neues Bündnis aus Künstlern und Kulturinstitutionen zu Wort. Beide fordern eine grundsätzliche Diskussion zum Wert der Kultur, beide planen, sich vermehrt in die Politik einzubringen.

Von Eva Maria Schlosser

STUTT GART. Der zweite Lockdown bringt Soloselbstständige wie Kulturinstitutionen an ihre Grenzen. Vor den Landtagswahlen geht einmal mehr die Angst vor dem Rotstift um. „Für uns alle geht es um die Frage, wie geht es weiter?“, sagt Bernd Georg Milla, Geschäftsführer der Kunststiftung Baden-Württemberg. „Es gibt Signale, dass gerade im Kulturbereich eingespart werden wird.“ Milla ist einer der Unterzeichner des Statements des neuen „Bündnisses für eine gerechte Kunst und Kulturarbeit“. Am Montag machte es die Runde in verschiedenen Kulturnetzwerken.

„Wir sind gerade am Durchstarten und wollen noch weitere Unterstützer gewinnen“, sagt Iris Dressler, die das Papier gemeinsam mit einigen anderen Akteuren aus der Kulturszene verfasst hat.

Bündnis gehören Kulturschaffende und -einrichtungen an

Im Bündnis engagieren sich einzelne Künstler unterschiedlicher Sparten, aber auch Vertreter und Leiter von Kunstvereinen, Tanzinitiativen, der Akademie Schloss Solitude und des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe.

Dressler leitet zusammen mit Hans Christ den Württembergischen Kunstverein und ist, was die Arbeit mit freien Künstlern angeht, an der Quelle. „Mit der Pandemie hat sich das, was man schon längst wusste, in aller Deutlichkeit gezeigt“, so Dressler. „Die Beschäfti-



Vertreter des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe haben das Statement des „Bündnisses für eine gerechte Kunst und Kulturarbeit“ mitunterzeichnet. FOTO: DPA/IMAGEBROKER/THOMAS ROBBIN

Kulturförderung der öffentliche Hand in Zahlen

Wie Kultur finanziert wird, belegen die Zahlen des Kulturfinanzberichts 2020 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bund, Länder und Kommunen geben für Kultur – Stand 2017 – jährlich 11,4 Milliarden Euro aus, also 1,77 Prozent des Gesamthaushalts.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit gemeinsam mit Frankreich, der Slowakei, Rumänien und Finnland auf Platz 15. Im Bundesländervergleich ist Baden-Württemberg auf Platz acht.

<https://kurzelinks.de/Zahlen>

ungsverhältnisse von Künstlern und Künstlerinnen und den vielen hier freiberuflich Arbeitenden sind prekär.“ Diese seien selten in der Lage, Rücklagen zu bilden. „Das ist systemisch, deshalb muss das System verändert werden.“ Die Unterzeichner fordern daher „eine radikale Veränderung der Strukturen und Bedingungen des Kunst- und Kulturbetriebs genauso wie für Kunst- und Kulturarbeiter und -arbeiterinnen“. Und damit sind alle gemeint, die im und für den Kultur-

betrieb tätig sind, auch technische Teams, Journalisten, Praktikanten, ebenso wie Kassen-, Sicherheits- und Reinigungspersonal.

Grundsätzliche Einstellung der Politik steht auf dem Prüfstand

Den Unterzeichnern geht es aber nicht allein um angemessene Bezahlung, sondern auch um Vielfalt, Teilhabe, Inklusion und nicht zuletzt um Selbstkritik. Ebenso steht die grundsätzliche Einstellung der

Politik zur Kultur auf dem Prüfstand. Die Schließung der Kulturinstitutionen unabhängig von ihren bestehenden Sicherheitsmaßnahmen im „Lockdown light“ habe gezeigt, dass die gesellschaftliche Bedeutung der Künste von Teilen der Politik nach wie vor nicht erkannt werde. „Wir sind auch Freizeit, aber nicht nur. Wir machen sehr viel Bildungsarbeit“, so Dressler. „Man kann Bildung, Soziales und Kultur nicht trennen.“

Eckart Köhne, Präsident des Deutschen Museumsbunds und Direktor des Badischen Landesmuseums, sieht ebenfalls Handlungsbedarf. „Museen sind vor allem auch Bildungseinrichtungen“, sagte er Ende vergangener Woche der Deutschen Presseagentur. Wenn bei der Wiedereröffnung Bildung eine Priorität habe, „dann möchten wir Teil dieser Diskussion sein, weil wir Bildungsarbeit leisten“. Köhne fordert eine „grundsätzliche Dis-

kussion nach dieser Krise, wie wir mit unserer Infrastruktur umgehen wollen“. Was schon bisher nicht gepflegt worden sei, dürfe in den mageren Jahren nicht vollends zugrunde gerichtet werden, sagt er. Es sei eine der „großen Lehren“ aus Corona, „dass die kommunalen Finanzen, so wie sie jetzt organisiert sind, einfach nicht gesellschaftsdienlich sind“.

Beide Vereinigungen, das Bündnis wie der Museumsbund, wollen Lobbyarbeit leisten und die Kulturszene neu in der Politik und Gesellschaft positionieren. „Es darf uns nicht noch mal passieren“, sagt Köhne, „dass wir mit Spaßbädern und Bordellen in den Freizeitbereich abgeschoben werden.“

MEHR ZUM THEMA

Das Bündnis trifft sich virtuell am 15. Februar. Information unter: <https://www.wkv-stuttgart.de>

Theater und Museen brauchen noch Geduld

STUTT GART/BERLIN. Trotz eines vorliegenden Ausstiegsszenarios für Kunst und Kultur aus dem Corona-Lockdown mahnt Kulturministerin Theresia Bauer (Grüne) zur Geduld. „Wir reden nicht über Zeitpunkte“, so Bauer am Dienstag. Es sei zunächst wichtig, die Inzidenz landesweit zu reduzieren. Danach würden Prioritäten gesetzt. Dabei werde es darum gehen, „verantwortlich, vorsichtig und auf Sicht fahrend Schritte der Öffnung“ einzuleiten. „Und dann wird es wichtig sein, dass Kunst und Kultur nicht am Ende der Fahnenstange sind“, sagte Bauer.

In einem Papier hatten die Bundesländer zuvor einen drei Stufen umfassenden Plan „Kultur wieder ermöglichen“ entworfen. In dem Papier skizzieren die Kulturminister den Weg für die Kulturszene aus dem Corona-Lockdown, um „der grundrechtlich geschützten Kunstfreiheit gerecht zu werden“.

Das Papier hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Regierungschefs der Länder bei den Kulturressorts in Auftrag gegeben. (sta/lsw)

Kurz notiert

Studierende präsentieren Einblicke in ein Theater

MELCHINGEN. Zum 40-jährigen Jubiläum des Theater Lindenhof in Melchingen (Zollernalbkreis) nahmen zwölf Alltagskulturforschende des Ludwig-Uhland-Instituts in Tübingen das Theater unter die Lupe. Die Ergebnisse präsentieren sie ab dem 18. Februar auch online. (sta)

<https://kurzelinks.de/vernissage>

Internationales Trickfilmfestival wird hybrid

STUTT GART. Nachdem 2020 die Veranstaltungen des Internationalen Trickfilmfestivals Stuttgart abgesagt werden mussten, ging es online an den Start. Für 2022 wird nun ein hybrider Auftritt geplant, analog und online. Die Vor-Ort-Veranstaltungen sind abhängig von der Entwicklung des Pandemiegeschehens. (sta)

Turm und Siedlung sollen Weltkulturerbe werden

STUTT GART/HERBERTINGEN. Der Stuttgarter Fernsehturm und die Keltensiedlung Heuneburg bei Herberlingen (Kreis Sigmaringen) sollen zum Unesco-Weltkulturerbe erklärt werden. Das Wahrzeichen Stuttgarts werde von Baden-Württemberg für die neue sogenannte deutsche Tentativliste für das Weltkulturerbe nominiert, so Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) am Freitag.

Am Montag kündigte die Wirtschaftsministerin zudem an, auch

die Heuneburg zusammen mit der keltischen Siedlung Glauberg in Hessen für das Vorauswahlverfahren dem Bund vorzuschlagen.

Auf dieser Liste kann jedes Bundesland zwei Vorschläge pro Jahr einreichen, ein deutscher Kandidat wird ausgewählt und für die Welterbeliste nominiert. In Deutschland gibt es derzeit 46 Welterbestätten, sechs davon liegen in Baden-Württemberg. Die deutsche Vorschlagsliste soll Anfang 2024 fortgeschrieben werden. (lsw/sta)

Clubszene schlägt Hilfsmaßnahmen vor

STUTT GART. Clubs und Diskotheken sind seit fast einem Jahr durchgehend geschlossen. Und sie werden es wohl auch nach den anstehenden Gesprächen von Bund und Ländern über bundesweite Lockerungen weiter bleiben.

„In vielen Kommunen konnte schon vor Corona ein Club- und Spielstättensterben beobachtet werden. Die Corona-Pandemie wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger“, so Simon Waldenspuhl von der Interessengemeinschaft (IG)

Clubkultur Baden-Württemberg. Die IG, die unlängst gegründet wurde, schlägt nun verschiedene Maßnahmen vor. So könnten Vermieter von Gebäuden in öffentlicher Hand Mietkosten für Betriebe erlassen oder reduzieren. Möglich sei auch ein landesweiter Mietkostenzuschuss-Fonds, der durch Corona in Not geratene Betreiber finanziell unterstützt. Auch Ausfallgeld für Corona-bedingte Veranstaltungsabsagen könne den Clubs weiterhelfen, so die IG. (lsw/sta)

Bäume pflanzen, eigene Gebäude energetisch sanieren und mit dem Nahverkehr kooperieren

Musiker setzen sich mit Initiative „Orchester des Wandels“ für Klimaschutz ein

STUTT GART. Bisher sind es zehn Mitglieder. Seit Ende vergangenen Jahres sind die Stuttgarter Philharmoniker als erste süddeutsche Formation mit dabei. Der im vergangenen Jahr gegründete Verein „Orchester des Wandels“, in dem Berufsorchester wie die Staatskapelle Berlin, die Bremer Philharmoniker oder das Saarländische Staatsorchester mitmachen, setzt sich für den Klimaschutz ein.

„Es ist eine Klimaschutzinitiative der deutschen Berufsorchester“, sagt Michael Roser, der Ansprechpartner bei den Stuttgarter Philharmonikern. Ziel sei es, intern, regional und bundesweit den Klimawandel zu thematisieren und dazu anzuregen, Klimaschutzmaßnahmen in die Planungen einzubeziehen und umzusetzen.

Klimakonzerte sollen Spendengelder bringen, um Bäume zu pflanzen

Coronabedingt laufe zurzeit die Sache hauptsächlich über Kommunikation, so Roser, deshalb sei es schwierig, Menschen zu gewinnen. Man sei auch erst in der Planungsphase. Die Idee ist, sich mit „Klimakonzerten“ zu engagieren und Spendengelder einzusammeln. Die Spenden kommen ei-



Die Stuttgarter Philharmoniker sind Teil der Initiative für den Klimaschutz. FOTO: JÜRGEN ALTMANN

nem Aufforstungsprojekt in Madagaskar zugute, das mit der Bevölkerung vor Ort umgesetzt wird. In den ersten fünf Jahren sollen 140.000 Bäume auf 200 Hektar gepflanzt werden, darunter Setzlinge von dort natürlich vorkommenden Palisander- und Ebenholzbäumen – Holzarten, die gerade im Instrumentenbau verwendet werden.

Die Initiative wird von den Orchestermusikern getragen, Intendant und Geschäftsführung sind aber mit im Boot, was nicht nur für Programmplanungen wichtig ist. Auch um eigene Klimaschutzmaßnahmen im Orchester umzusetzen,

geht es nicht ohne die gemeinsame Zusammenarbeit. „Intern nehmen wir das Gebäude in den Blick, aber da steht der Denkmalschutz teilweise entgegen“, meint Roser. „Aber wir wollen sensibilisieren, das reicht von der Punktlichte bis zur Konzertreise.“

Da Klimaschutz durch die Fridays-for-Future-Bewegung ein Jugendthema sei, gebe es hier vielleicht die Möglichkeit für ein erstes Projekt, das man mit dem Patenorchester, dem Sinfonieorchester der Stuttgarter Musikschulen, umsetzen könnte – coronabedingt in Kammermusikbesetzung. Auch lie-

ße sich gemeinsam mit der Intendantin und der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Stuttgart ausloten, welche Möglichkeiten es in Sachen Klimaschutz gebe.

Auch für den öffentlichen Nahverkehr gibt es Ideen

„Für den öffentlichen Nahverkehr gibt es Ideen wie Konzertkarte inklusive Straßenbahnticket oder eine andere Fahrplankartung in der Zeit, wenn Veranstaltungen enden“, so Roser. Da könnte man mit der Intendantin, der Stadt, den Kulturinstitutionen und den Verkehrsbetrieben das Gespräch suchen. „Hier eine Anpassung zu erreichen, wäre eine Geste an das Publikum wie für den Klimaschutz.“

Ebenso denkbar wäre eine Klimakonzertreihe mit einer Klimaabgabe. „Die Konzertplanungen haben eine zweijährigen Vorlauf“, sagt Roser. Auf einen eigenen „Klimazyklus“ müsse man also noch etwas warten, das Thema habe aber bei den Orchestermusikern wie der Intendantin Akzeptanz gefunden. (bm)

MEHR ZUM THEMA

Informationen finden Sie unter: <https://kurzelinks.de/initiative>